
Rojava

Von der Revolution in den Bürgerkrieg

THOMAS SCHMIDINGER

Der nachfolgende Beitrag ist ein Auszug aus dem soeben erschienenen Buch *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan – Analysen und Stimmen aus Rojava* von Thomas Schmidinger. Wir danken Thomas Schmidinger und dem Mandelbaum Verlag in Wien für die freundliche Genehmigung des Abdrucks. Wir haben einige wenige, mittlerweile überholte Passagen über die militärische Situation, vor allem in Kobanê, entfernt, und Zwischentitel gesetzt. Wir ergänzen den Beitrag mit der ausführlichen Rezension und Kritik von Christian Zeller als abschließenden Beitrag des vorliegenden Heftes. *D. Red.*

Demokratischer Aufbruch

Die Proteste, die in der Folge der Revolutionen in Tunesien und Ägypten im Frühling 2011 auch Syrien heimsuchten, hatten zunächst bekanntlich in Deraa im Süden Syriens ihren Ursprung und breiteten sich anfangs vor allem in den arabischen Teilen Syriens aus. Allerdings täuscht der – auch von vielen arabischen Oppositionellen verbreitete – Eindruck, dass sich die KurdInnen zunächst von den Protesten fernhielten. Tatsächlich reagierten kurdische politische Akteure sehr unterschiedlich auf die Proteste in arabischen Teilen Syriens. In Amûdê und Serê Kaniyê kam es schon im Frühling 2011 zu Protesten, die sich explizit auf die Proteste in anderen Teilen Syriens bezogen. In Amûdê fanden bereits am 27. März 2011 spontane Proteste statt, womit sich die Stadt fast zeitgleich mit den Protesten im südsyrischen Deraa, die heute als Beginn der Proteste in Syrien gelten, gegen das Regime zu erheben begann. Am darauffolgenden Freitag, den 1. April 2011, fand in Amûdê nach dem Freitagsgebet die erste organisierte Demonstration gegen das Regime statt (Gruppeninterview mit Tansiqiya Amûdê, 12.1.2013). Es folgten Serê Kaniyê und andere Städte der Cizîrê.

Zwischenzeitlich versuchte das Regime, zumindest in Kurdistan die Lage zu beruhigen, indem Präsident Assad Anfang April verkündete, dass die staatenlosen Kurden ihre syrische Staatsbürgerschaft zurückerhalten würden. Dekret Nr. 49 vom 7. April 2011 gab allen *ajanib*, also jenen, die als Ausländer betrachtet wurden, nicht aber den nichtregistrierten *maktumin*, das Recht auf die syrische Staatsbürgerschaft.¹ Diese Maßnahme mag die Proteste in den kurdischen Gebieten zunächst abgeschwächt haben und von vielen KurdInnen als Zeichen gewertet worden sein, dass es möglicherweise einen Wandel innerhalb des Regimes geben könnte. Allerdings konnten sie die Proteste nicht dauerhaft verhindern.

Die Organisation der ersten Demonstration in Syrisch-Kurdistan ging nicht von einer der kurdischen Parteien aus, sondern von jungen Männern, die sich in Kleingruppen organisierten und sich bald wie in anderen syrischen Städten als *Tansiqiya* (arabisch für Ko-

ordinationskomitee) bezeichneten. Während in Amûdê die Beteiligung an den Protesten von Anfang an relativ stark war und sich die Parteien des *Komîta Tensîqê* (Zukunftsbewegung, Azadî und Yekîtî) von Anfang an hinter die Proteste stellten, blieb die Beteiligung in anderen Städten zunächst gering. Auch die anderen kurdischen Parteien schienen vorerst eher abzuwarten und beteiligten sich im Frühling 2011 noch nicht an den Protesten. Als im Juli 2011 in Istanbul auf einer nationalen Rettungskonferenz der Syrische Nationalrat (SNC) sich als Dachorganisation der syrischen Opposition konstituierte, beteiligte sich die Kurdische Zukunftsbewegung als einzige kurdische Partei. Ihr Parteiführer Mishal at-Tammu wurde zum Mitglied des Exekutivrates des SNC gewählt und übernahm damit eine zentrale Vermittlungsposition zwischen der arabischen und der kurdischen Opposition.

Diese Schlüsselposition dürfte dem unter jüngeren KurdInnen in Qamilo sehr populären Parteiführer wohl zum Verhängnis geworden sein. Mishal at-Tammu, der bereits im Mai 2009 nach Paragraph 285 und 286 des syrischen Strafgesetzbuches wegen «Untergrabung des Ansehens des Staates», «Schwächung des Nationalgefühls» und der «Moral der Nation» zu drei Jahren Haft verurteilt worden war – durch die Repression gegen seine Person in den Augen junger Kurden jedoch zusätzlich an Glaubwürdigkeit gewonnen hatte –, wurde am 8. September zum ersten Mal Ziel eines Anschlags und schließlich am 7. Oktober 2011 von vier Männern an seinem Aufenthaltsort in Qamilo erschossen. Die Tat wurde bis heute nicht wirklich aufgeklärt. Einige Funktionäre der Zukunftsbewegung beschuldigen die PYD (Partei der Demokratischen Union), für den Mord verantwortlich zu sein (Interview mit Siamend Hajo, 10. 8. 2014), was seitens der PYD vehement bestritten wird. Die PYD wiederum bezichtigte wahlweise die Türkei oder das Regime in Damaskus, hinter dem Mord zu stehen. Fakt ist, dass das Regime ein lebhaftes Interesse an der Beseitigung eines wichtigen Vermittlers zwischen der kurdischen und der arabischen Opposition hatte, sich theoretisch aber auch kurdischer Täter bedient haben könnte.

Zu seinen Lebzeiten war es Mishal at-Tammu nicht gelungen, andere kurdische Parteien zu einem Beitritt zum SNC zu gewinnen. Stattdessen entwickelten sich unter den anderen Parteien rege Aktivitäten, um einen eigenen, umfassenden Dachverband der kurdischen Opposition zu gründen. Nach der Ermordung Mishal at-Tammus wurden aus den Protesten in Syrisch-Kurdistan Massenproteste. Seine Beerdigung wurde zur größten Anti-Regime-Demonstration in Qamilo, eine Entwicklung, die zunehmend auch die anderen kurdischen Parteien unter Druck setzte endlich zu handeln, wollten sie nicht die Verbindung zur rasch wachsenden Protestbewegung verlieren.

Nach längeren Verhandlungen einigten sich am 26. Oktober 2011 in Erbil unter Vermittlung von Masud Barzani die aus der historischen PDKS hervorgegangenen Parteien auf die Gründung eines Kurdischen Nationalrates (Encûmena Nitimani ya Kurdî, KNC). Der KNC war mit Sicherheit das bisher umfassendste Bündnis syrisch-kurdischer Parteien. Nach dem Beitritt von drei Mitgliedsparteien der von der Zukunftsbewegung gegründeten Union der Kurdischen Demokratischen Kräfte in Syrien – nämlich der Yekîtî Kurdistani, der Rêkeftin und einer der PDKS – zum KNC gehörten diesem Anfang 2012 insgesamt 16 verschiedene Parteien an.

Es gab allerdings zwei signifikante Ausnahmen: Die durch den Tod ihres Führers ge-

schwächte Zukunftsbewegung blieb Mitglied des SNC und dem KNC fern, und die PYD beteiligte sich ebenfalls nicht am KNC. Im Gegenteil, die wichtige Vermittlerrolle, die Masud Barzani für die Etablierung des KNC gespielt hatte, verstärkte die Distanz zwischen der mit der Regionalregierung Kurdistans rivalisierenden PYD und den Parteien im KNC. Immerhin fiel diese Phase der Neuformierung der syrisch-kurdischen Parteienlandschaft in eine Periode des verschärften innerkurdischen Machtkampfes zwischen dem von Masud Barzani geführten PDK-Parteienblock und dem PKK-Parteienblock, die beide einen gesamtkurdischen Führungsanspruch formulierten.

Die PYD entfaltete verstärkte Aktivitäten zum Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen und konkurrierender Oppositionsbündnisse. Auf gesamtsyrischer Ebene hatte die PYD bereits im September 2011 mit zwölf kleineren linksgerichteten arabischen und syroaramäischen Oppositionsparteien² das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (National Coordination Committee for the Forces of Democratic Change, NCC) gegründet, das von Anfang an eine relativ pragmatische Position gegenüber dem Regime einnahm. Der von Hassan Abdel Azim von der Demokratisch-Arabischen Sozialistischen Union und dem Menschenrechtsaktivisten Haytham Manna geführte Zusammenschluss verhandelte mit dem Regime Bashar al-Assads und versucht bis heute, über gewaltlose Proteste eine Veränderung zustandezubringen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Oppositionsgruppen lehnt der NCC einen gewaltsamen Umsturz ebenso ab wie eine internationale Militärintervention. Der NCC wird deshalb von anderen Oppositionsgruppen scharf kritisiert und erhält immer wieder den Vorwurf, eine Vorfeldorganisation des Regimes zu sein. Umgekehrt warf der NCC anderen Oppositionszusammenschlüssen von Anfang an vor, das Land in den Bürgerkrieg zu stürzen und von der Türkei oder sonstigen ausländischen Geldgebern abhängig zu sein. Durch die tatsächliche Militarisierung des Konfliktes seit dem Jahr 2012 verlor der Zusammenschluss zwar außerhalb von Rojava an Bedeutung, allerdings scheint zumindest seine Kritik an der Militarisierung der Revolution nachträglich bestätigt worden zu sein.

Wenngleich die Verhandlungen des NCC mit dem Regime zu keinerlei Systemveränderungen führten, erwirkten sie immerhin kleinere Reformschritte. So entließ das Regime im Laufe des Jahres eine ganze Reihe politischer Gefangener unterschiedlicher Ausrichtung aus der Haft. Neben jihadistischen Gefangenen, die zum Kern der bewaffneten jihadistischen Gruppen Ahrar ash-Sham, Jabhat al-Nusra und «Islamischer Staat» gehörten³, wurden auch politische Gefangene der Parteien des NCC entlassen. Dabei wurden auch Hunderte politische Gefangene der PYD im Laufe des Jahres 2011 freigelassen.

Am 16. Dezember 2011 verkündete die PYD die Gründung eines Volksrates von Westkurdistan (Meclisa Gel a Rojavayê Kurdistanê), der zwar auch als Bündnis konzipiert war, de facto aber neben der PYD nur PYD-Vorfeldorganisationen wie ihre Frauenorganisation Yekîtiya Star oder ihren zivilgesellschaftlichen Dachverband Tevgera Civaka Demokratîk (TEV-DEM) umfasste. Der Volksrat von Westkurdistan wurde damit de facto zu einer Dachorganisation der PYD und ihrer eigenen Massen- und Vorfeldorganisationen.

Während die kurdischen Parteien ihre jeweilige Bündnispolitik betrieben, blieben vor Ort vielfach jüngere KurdInnen aktiv und organisierten Proteste gegen das Regime. Diese wurden zwar von einigen Parteien aus dem KNC unterstützt. Die treibende Kraft stellen allerdings, wie in anderen Teilen Syriens, parteipolitisch bisher nicht organisierte Ju-

gendliche dar, die sich in lokalen Komitees und Jugendorganisationen zu formieren begannen. In Rojava sind hier vor allem die bereits im Zuge der Proteste von 2004 entstandene Bewegung der Kurdischen Jugend T.C.K. und die neu entstandenen Koordinationskomitees der Kurdischen Jugend (Yekîtiya Hevrêzên Ciwanên Kurd, YHCK) zu nennen. Die Demonstrationen dieser Jugendgruppen richteten sich in einem gesamt-syrischen Kontext gegen das Regime und stellten zusätzlich spezifisch kurdische Forderungen. So beteiligten sich etwa am 30. Dezember 2011 in fast allen wichtigeren kurdischen Städten der Cizîrê (Qamilo, Amûdê, Dirbêsiyê, Tirbesipî Dêrik, Serê Kaniyê) sowie in Kobanê Demonstrationen an einem syrienweiten Protesttag, der unter dem Motto «Marsch zu den Plätzen der Freiheit» stand.

Die alten Parteien stellten nicht die treibende Kraft solcher Dynamiken dar, sondern sprangen auf den bereits abfahrenden Zug auf. Normalerweise fanden alle diese Demonstrationen nach dem Freitagsgebet statt. Dies bedeutet nicht, dass die Demonstrationen irgendeinen religiösen Charakter hatten oder nur von Muslimen besucht wurden. Im Gegenteil, insbesondere in gemischten Städten wie Qamilo und Dêrik waren von Anfang an auch Symbole assyrisch-aramäischer Gruppierungen auf den Demonstrationen zu sehen. Das Freitagsgebet ermöglichte allerdings, wie in ganz Syrien, dass eine bereits große, versammelte Menge gemeinsam losmarschieren konnte und die syrischen Sicherheitskräfte solche Demonstrationen schwerer unterbinden konnten als Demonstrationen, die erst die TeilnehmerInnen sammeln mussten.

Die Stadt Amûdê, die im Gegensatz zu Qamilo fast ausschließlich von KurdInnen bewohnt wird, wurde im Laufe des Herbstes 2011 zu einer Hochburg des Protestes. Hier zeigte sich allerdings auch früh die politische Ausdifferenzierung der kurdischen Opposition. Seit November 2011 fanden in der Stadt drei getrennt marschierende, rivalisierende Demonstrationen statt, die sich zwar alle gegen das Regime richteten, zugleich aber zunehmend den Charakter einer innerkurdischen Mehrheitsfeststellung annahmen. Folgende drei Demonstrationsbündnisse bildeten sich im Herbst 2011 in Amûdê heraus, die sich bis 2013 in ähnlicher Konstellation halten konnten:

1. Eine Demonstration, die vom Tansiqiya Amûdê organisiert wurde. Seit der aus Amûdê stammenden Abdulbaset Sieda am 10. Juni 2012 zum Nachfolger von Burhan Ghalioun als Präsident des Syrischen Nationalrates (SNC) gewählt wurde, versammelte diese Demonstration zunehmend jene Kurden, die den SNC und die Freie Syrische Armee⁴ unterstützten.
2. Eine Demonstration, die von den Parteien des Kurdischen Nationalrates (KNC) getragen wurde, insbesondere von den in Amûdê sehr starken Yekîti und Azadî-Parteien, denen sich aber auch die Anhänger der anderen Mitgliedsparteien des KNC anschlossen.
3. Eine Demonstration der PYD und ihrer im Volksrat von Westkurdistan vertretenen Vorfeldorganisationen.

Als ich im Jänner 2013 an einem Freitag in Amûdê die Demonstrationen aufsuchte, zeigte sich immer noch dieses seit dem Herbst 2011 eingespielte Bild. Die Demonstrationen der KNC-Parteien und der PYD brachten jeweils rund 2000 DemonstrantInnen auf die Straße, jene des Tansiqiya Amûdê bzw. der SNC-UnterstützerInnen umfasste etwa die Hälfte.

In der ersten Hälfte 2012 setzten sich die Proteste in einigen Teilen Rojavas fort. Im Ge-

gensatz zu anderen Teilen Syriens kam es in den kurdischen Regionen nicht zu bewaffneten Kämpfen, sondern nur zu vereinzelt Toten durch den Einsatz des Militärs und der syrischen Sicherheitskräfte gegen DemonstrantInnen.

Das Regime zieht sich zurück – eine neue Machtstruktur entsteht

Auf diplomatischer Ebene versuchte einstweilen die Regionalregierung Kurdistans im Irak zwischen den verschiedenen kurdischen Fraktionen in Syrien zu vermitteln. Am 11. Juni 2012 kam es nach längeren Verhandlungen in Erbil zur Unterzeichnung eines Sechspunkte-Abkommens zwischen der PYD und dem KNC. Am 1. Juli wurde als siebter Punkt die Gründung eines Obersten Kurdischen Komitees unterzeichnet, das als Dachverband und, im Falle einer Befreiung Rojavas, als von KNC und Volksrat gemeinsam unterstützte Übergangsverwaltung von Westkurdistan fungieren sollte.

Im Laufe der ersten Jahreshälfte 2012 eskalierte in Homs, Aleppo und im Süden Syriens der Krieg mit der Freien Syrischen Armee zunehmend, und das Regime benötigte militärische Ressourcen, um im syrischen Kernland gegen die Oppositionellen vorzugehen. In dieser Situation muss es irgendwann zu Geheimgesprächen zwischen der PYD und dem syrischen Regime über eine Räumung Rojavas gekommen sein.

Bis heute sind die Hintergründe dieser Räumung nicht überprüfbar. Während PYD-Funktionäre behaupten, dass sie der Regierung ein Ultimatum zum Abzug gestellt und ansonsten gedroht hätten, gegen das Regime eine neue Front im Norden aufzumachen, werfen Funktionäre der im Kurdischen Nationalrat organisierten Parteien der PYD vor, mit dem Regime kollaboriert und geheime Abmachungen getroffen zu haben. Der Vorwurf an die PYD lautet, dass diese für die Räumung der Gebiete einer Arbeitsteilung mit dem Regime zugestimmt und sich verpflichtet habe, in Rojava für Ruhe zu sorgen und die Sicherheit wichtiger Militäreinrichtungen zu garantieren.

Welche der beiden Versionen der Realität näherkommt, werden hoffentlich eines Tages HistorikerInnen beurteilen können. Derzeit gibt es keinerlei zugängliche Belege für die eine oder andere Version dieser Geschichte. Fakt ist jedenfalls, dass das Regime zwischen dem 19. und 24. Juli 2012 die allermeisten Teile von Rojava – und zwar sowohl Cizîrê, als auch Efrîn und Kobanê – fast kampfflos den von der PYD gegründeten Volksverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel, YPG) überließ und die Syrische Armee unter Zurücklassung großer Teile ihrer Ausrüstung und Munition aus der Region abzog. Allerdings kontrolliert sie weiterhin strategisch wichtige Punkte in der Stadt Qamilo wie den Flughafen, den Bahnhof und einige Amtsgebäude, ein Militärcamp südlich der Stadt sowie das arabische Viertel. Auch in der ethnisch gemischten Provinzhauptstadt al-Ha-saka blieb das Regime und das syrische Militär präsent.

Die YPG kontrollieren seither gemeinsam mit den Frauenverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Jin, YPJ), die als eigene Frauenarmee konzipiert ist, die mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebiete Syriens. YPG und YPJ bildeten bis zur Einführung der Wehrpflicht im Sommer 2014 Freiwilligenarmeen, wobei die YPJ nach Angaben der PYD rund ein Drittel der KämpferInnen stellte, also durchaus auch militärisch bedeutsam war.

Es ist schwer vorstellbar, dass eine solche weitgehend kampfflose Übergabe und die weitere Präsenz syrischen Militärs an strategisch wichtigen Punkten völlig ohne Absprachen

möglich gewesen sein soll. Zumindest muss es Vereinbarungen über die Details der Übergabe zwischen PYD und Regime gegeben haben. Ob und welche Gegenleistungen die PYD dabei dem Regime versprochen hat oder ob es einfach im Interesse des Regimes lag, Militärkapazitäten für die politisch und militärisch wichtigeren Regionen in Zentralsyrien frei zu bekommen, darüber kann vorerst nur spekuliert werden.

Welche Gespräche oder Abkommen im Hintergrund auch immer gelaufen sein mögen, fest steht, dass Ende Juli der größte Teil von Cizirê, Efrîn und Kobanî sowie die kurdischen Viertel Ashrafiyah und Sheikh Maqsoud in Aleppo nicht mehr vom Regime kontrolliert wurden, sondern unter Kontrolle kurdischer Kräfte standen.

In Aleppo hatte sich diese Situation aufgrund der militärischen Eskalation zwischen der Syrischen Armee des Regimes und der FSA ergeben, die eine Frontlinie mitten durch das Stadtzentrum schuf. Um Kämpfe innerhalb der kurdischen Viertel zu vermeiden, erklärten sich diese für neutral und sorgten selbst dafür, dass weder Regierungssoldaten noch FSA-Soldaten in die nebeneinanderliegenden Viertel eindringen konnten.

Neben den vom Regime und von der Opposition kontrollierten Gebieten Syriens war damit eine dritte Entität geschaffen, die allerdings auf drei Gebiete und ein Stadtviertel von Aleppo aufgesplittert war und weiter mit massiven innerkurdischen Konflikten zu kämpfen hatte.

Die kurdisch kontrollierten Gebiete änderten sich seit Sommer 2012 im Vergleich zu anderen Kriegsschauplätzen Syriens nur wenig. Was sich allerdings änderte, waren die Nachbarn der drei Enklaven. Grenzten diese im Sommer 2012 noch überwiegend an Gebiete, die entweder vom Regime oder von Einheiten der Freien Syrischen Armee gehalten wurden, so stellt sich heute die Lage anders dar. Die militärischen Gewinne jihadistischer Bürgerkriegsparteien, insbesondere der Jabhat al-Nusra und des sogenannten «Islamischen Staates» (IS), der sich bis zur Eroberung Mossuls und der Ausrufung eines «Khalifats» am 29. Juni 2014 als «Islamischer Staat im Irak und Großsyrien» bezeichnete, führten dazu, dass im Laufe des Jahres 2013 die beiden östlichen Regionen Cizirê und Kobanê zunehmend von Jihadisten umzingelt wurden und mittlerweile innerhalb Syriens völlig von IS eingeschlossen sind. Für die Sicherheit der kurdischen Gebiete zeichneten überwiegend die von der PYD gegründeten und massiv unter deren Einfluss stehenden Volksverteidigungseinheiten YPG verantwortlich. Außerhalb der Kernzone von Rojava operierten PYD-nahe Kämpfer allerdings nicht als YPG, sondern als «Kurdische Brigade» (arabisch: Jabhat al-Akrad, kurdisch: Enîya Kurdan), die ursprünglich als Teil der FSA agierte, allerdings im August 2013 aufgrund der Konflikte zwischen PYD und FSA bzw. SNC aus der FSA ausgeschlossen wurde. Die einige tausend KämpferInnen umfassende Miliz operiert heute noch in den kurdischen Vierteln von Aleppo und in den Regionen außerhalb der Kernzone Rojawas. Als Verbündete von YPG und Jabhat al-Akrad kämpfen zudem seit Jänner 2013 syro-aramäische Christen, die sich im Militärrat der Suryoye vereinigt und ein Jahr später der YPG angeschlossen haben, sowie Milizen des arabischen Stammes der Shammar und der Sharabiyya.

Erste größere militärische Auseinandersetzungen führten die Volksverteidigungseinheiten YPG bereits am 19. November, als es in Serê Kaniyê, einer seit Anfang November zwischen FSA und YPG geteilten Stadt, zu Kämpfen zwischen FSA und YPG kam, bei denen sich aufseiten der FSA auch die jihadistischen Gruppierungen Jabhat al-Nusra und

Ghuraba ash-Sham einschalteten. Nach einigen Tagen kam es zu einem brüchigen Waffenstillstand und im Jänner 2013 zu erneuten Kämpfen, die schließlich, nach schweren Verlusten, die YPG für sich entscheiden konnten. Im Juli 2013 gelang es den YPG, die jihadistischen Kämpfer endgültig aus Serê Kaniyê zu vertreiben und die Grenze des kurdisch kontrollierten Territoriums weiter nach Westen vor die Stadt zu verschieben. Dabei drangen kurdische Kämpfer der Jabhat al-Akrad bis nach Tal Abyad (kurdisch: Girê Sipî), einer von Arabern, Armeniern und Kurden bewohnten Stadt vor. Am 20. Juli konnten die Kurden sogar den regionalen Kommandanten von ISIS in ihre Gewalt bringen.

Auch in anderen Teilen der Region Cizîrê hatten die YPG militärische Erfolge gegen jihadistische Gruppen zu verzeichnen und konnten das kurdisch kontrollierte Territorium tendenziell ausweiten. Ende Oktober konnte die YPG den strategisch wichtigen Grenzübergang Tal Koçer (Yarubiyah) einnehmen. [...]

In den folgenden Tagen gelang es, die Kämpfer von ISIS völlig aus der Stadt zu vertreiben. Damit verfügte Rojava über eine direkte Verbindung in das von der Bagdader Regierung kontrollierte Gebiet des Irak. Für die PYD stellte diese Eroberung auch einen wichtigen Trumpf im innerkurdischen Konflikt dar, da dieser zu regelmäßigen Schließungen der weiter nördlich gelegenen «innerkurdischen» Grenze zwischen der Region Kurdistan im Irak und Rojava bei Semalka führte und sich damit eine mögliche Alternative zur Regionalregierung Kurdistan im Irak auftat. Am 28. Oktober gelang es der YPG, die aufgrund der dortigen Ölförderung wichtige Region Çil Axa mit den Dörfern Girhok, Yusufiyê, Sefa, Cinêdiyê, Girê Fatê, Ebû Hecer und Mezraa Kelem einzunehmen. Die Kämpfer von ISIS zogen sich in die überwiegend von Arabern bewohnte Region um Tal Brak und Tal Hamis zurück, die als letzte jihadistische Hochburg in der Cizîrê verblieb. Im November 2013 gelang es der YPG, die ISIS aus dem Umland von Serê Kaniyê weiter zurückzudrängen und eine ganze Reihe kurdischer und vor allem aramäisch-assyrischer Dörfer und Kleinstädte in der Nähe von al-Hasaka einzunehmen.

Heftige Kämpfe tobten Anfang 2014 auch um Tal Brak und Tal Hamis. Meldungen der YPG, wonach Tal Hamis am 1. Jänner erobert worden wäre, stellten sich aber als verfrüht heraus. Nach schweren Verlusten mussten sich die kurdischen Kämpfer nach einigen Tagen wieder zurückziehen. Im Februar kam es zu einer erneuten Offensive der YPG, gemeinsam mit Kämpfern des mit ihnen verbündeten arabischen Shammar-Stammes. Der in Tal Hamis dominierende arabische Sharabia-Stamm gehört allerdings zu den alten Rivalen der Shammar in der Cizîrê und dürfte wohl auch deshalb gegenüber ISIS loyal gewesen sein. Hatten bei der Eroberung von Tal Koçer (Yarubiyah) die lokalen Araber – überwiegend Shammar – die Vertreibung von ISIS unterstützt, so standen in Tal Hamis die meisten Angehörigen der Sharabia den kurdischen Angreifern feindlich gegenüber. Im Gegensatz zu den Shammar sind die Sharabia relative Neuankömmlinge in der Cizîrê. Während die Shammar seit Jahrhunderten mit den Kurden und Assyrern in der Region zusammenleben, wurden die Sharabia erst in den 1970er-Jahren vom Baath-Regime hier angesiedelt. Die erst durch die baathistische Arabisierungspolitik in der Region angesiedelten Araber gelten überwiegend als antikurdisch und sind entweder immer noch Baathisten oder aber Jihadisten. Dies dürfte ein wesentlicher Grund für die Verluste der YPG und der Shammar bei diesen Kämpfen um Tal Brak und Tal Hamis gewesen sein.

Am 23. Februar wurde schließlich zumindest Tal Brak eingenommen. Aus Tal Hamis konnte ISIS allerdings nie vertrieben werden.

Im März kam es zu Kämpfen um Tal Abyad, eine Stadt zwischen den beiden kurdischen Kantonen Cizîrê und Kobanî, die von ISIS gehalten wurde, in deren Umgebung allerdings einige kurdische Dörfer von der YPG kontrolliert werden. In Kobanê selbst stellte sich die militärische Situation für die Kurden als wesentlich schwieriger heraus. Die Region ist deutlich kleiner und war ab Anfang 2014 bis auf die geschlossene Nordgrenze zur Türkei völlig von ISIS umzingelt. In der nahen Stadt Jarabulus, die bereits zu osmanischer Zeit von Kurden, Arabern und Türken bewohnt war, hatten am 20. Juli 2012 Oppositionelle der Freien Syrischen Armee die Macht übernommen. Im Sommer 2013 eroberte erstmals ISIS die Stadt, wurde dann allerdings wieder von der Jabhat al-Nusra verdrängt. Am 18. Jänner 2014 eroberte erneut ISIS die Macht und sicherte sich damit auch den strategisch wichtigen Grenzübergang in die Türkei. Zwei Tage später kappten die neuen Machthaber die Wasserversorgung für den kurdischen Kanton Kobanê und die Stromversorgung für die ca. 300 000 BewohnerInnen des Kantons. Stadt und Region wurden seit Jänner 2014 de facto belagert. Am 30. Mai 2014 wurden 186 Schüler, die von Kobanê zu Prüfungen nach Aleppo fahren, von ISIS entführt.⁵ Die meisten befinden sich bis zum Zeitpunkt dieser Niederschrift in der Gewalt der Jihadisten und sollen in einer Quranschule indoktriniert werden. Am 2. Juli 2014 startete die sich mittlerweile «Islamischer Staat» nennende Gruppierung eine Großoffensive auf Kobanê, bei der mehrere Dörfer erobert und ZivilistInnen, die nicht rechtzeitig fliehen konnten, ermordet wurden. Die Jihadisten rückten dabei bis auf 15 Kilometer an die Stadt heran. Mitte Juli sah die Situation für die Kurden so bedrohlich aus, dass eine Wehrpflicht für alle Männer zwischen 18 und 30 Jahren eingeführt wurde; ein Schritt, der auch von den anderen beiden Kantonen nachvollzogen wurde. Zunächst gelang es mithilfe von Freiwilligen aus der Türkei und mit Unterstützung der FSA, die Angriffe zurückzuschlagen und den Kanton vorerst zu retten. [...] Am 16. September 2014 begann eine weitere Großoffensive von IS auf Kobanê. Auf drei Seiten begannen Angriffe, deren Ausgang bei Abschluss dieses Buches noch völlig ungewiss ist. [...]

Es würde zu weit führen, hier die gesamten Kämpfe im Detail zu schildern. Dieser grobe Überblick über die militärische Situation zeigt jedoch, dass sich die Kurden mit Unterstützung arabischer und christlich-assyrischer Verbündeter in der Cizîrê militärisch äußerst erfolgreich behaupten konnten. Zwar konnten sie nicht verhindern, dass es zu militärischen Nadelstichen und terroristischen Anschlägen von ISIS bis hinein nach Qamilo kam, bei denen sowohl ZivilistInnen als auch KämpferInnen der YPG oder der Asayish (der kurdischen Polizeikräfte) ums Leben kamen. Insgesamt gelang es der YPG und ihren Verbündeten allerdings, sich militärisch zu behaupten. Im August 2014 hatte die YPG sogar noch militärische Kapazitäten, um den vom «Islamischen Staat» angegriffenen und von irakischen Peshmerga weitgehend im Stich gelassenen Êzîdî am Jebel Sinjar (kurdisch: Çiyayê Singal)⁶ zu Hilfe zu eilen und ihnen Fluchtkorridore aus dem Irak nach Syrien freizukämpfen. [...]

Regional sieht die Situation teilweise allerdings wesentlich komplexer aus. Vielfach hängt die prekäre Ruhe von lokalen Absprachen zwischen Stämmen und Familien ab. Unter der offiziellen Politik von Parteien und Milizen spielt sich eine Schattendiploma-

tie und Schattenwirtschaft von Stämmen und Familien ab, die es sogar ermöglichen, dass etwa der Treibstoff für die vom IS belagerte Enklave Kobanê von eben diesem IS abgekauft wird und bis heute gewisse Formen des Handels zwischen den verschiedenen Bürgerkriegsparteien funktionieren. Viele dieser Formen lokalen Austauschs und lokaler Waffenstillstandsabkommen finden auf informeller Ebene statt. Letztlich existiert auch in den beiden größten Städten der Region, al-Hasaka und Qamilo, ein sich ständig verschiebendes, prekäres Gleichgewicht unterschiedlicher regionaler Akteure.

Die Provinzhauptstadt al-Hasaka war de facto von 2012 an dreigeteilt. Die kurdisch dominierten Stadtteile wurden von den Kurden verwaltet und von YPG und Asayish kontrolliert. Die christlich-aramäisch und die armenisch dominierten Teile der Stadt bzw. das Stadtzentrum wurden teilweise vom Regime und teilweise von den Kurden kontrolliert, die arabischen Teile teilweise vom Regime, teilweise von der FSA bzw. der Jabhat al-Nusra. Diese Oppositionsgruppen wurden allerdings vom «Islamischen Staat» verdrängt, der heute den Süden der Stadt kontrolliert. Im Sommer 2014 war die Provinzhauptstadt dreigeteilt. Unter Kontrolle des Regimes befand sich nur noch das Stadtzentrum und einige militärisch wichtigen Anlagen.

In Qamilo wird der Großteil der Stadt von den Kurden regiert, allerdings sind militärisch wichtige Anlagen wie der Flughafen, der Bahnhof und ein Militärcamp südlich der Stadt weiterhin ebenso unter Kontrolle des Regimes wie das Grenztor zur Türkei, einige Verwaltungseinrichtungen im Stadtzentrum und das im Süden der Stadt gelegene arabische Viertel. Dieses wird überwiegend vom arabischen Stamm der Tai bewohnt, die sich gegenüber dem Baath-Regime loyal gezeigt hatten. Das eigentliche historische Stadtzentrum wird genau genommen von niemandem völlig kontrolliert. Vielmehr herrscht hier ein prekäres, unausgesprochenes Übereinkommen, sich wechselseitig nichts zu tun. In der Innenstadt sind weiterhin öffentliche Symbole des Regimes präsent. Auf dem armenischen Gemeindezentrum befindet sich ein weithin sichtbarer Pappkamerad von Hafez al-Assad. Die Synagoge wird ebenfalls von einem Porträt des verstorbenen Präsidenten geschmückt und die weithin sichtbare Statue des 1994 verstorbenen Bruders von Bashar al-Assad, Bassel al-Assad, steht weiterhin an einer frequentierten Straßenkreuzung. Eine syrische Fahne, wie sie vom Regime verwendet wird, weht über dem hoch zu Ross sitzenden ursprünglich vorgesehenen Wunschnachfolger seines Vaters.

Sowohl das Regime als auch YPG und Asayish versuchen, sich im Stadtzentrum wechselseitig aus dem Weg zu gehen und es nicht auf eine Machtprobe ankommen zu lassen. Dass sich die kurdischen Akteure allerdings nicht so sicher sind, ob die wechselseitige Duldung wirklich hält, zeigte sich bei einem Besuch der Altstadt. Als ich im Februar 2014 in Begleitung der PYD Qamilo besuchte und den Wunsch äußerte, ein Interview mit der armenischen Gemeinde zu führen und die Synagoge im Stadtzentrum zu besuchen, waren diese beiden Besuche im Stadtzentrum von einer sichtlichen Nervosität unserer Begleiter geprägt. Sie erklärten nachdrücklich, dass wir bitte nicht aus dem Auto aussteigen sollten, und hielten uns das Beispiel eines amerikanischen Journalisten vor Augen, der einige Wochen zuvor im Stadtzentrum vom syrischen Geheimdienst festgenommen wurde und noch auf der Straße von kurdischen Asayish befreit werden konnte. Allerdings müssen nicht nur westliche Journalisten in Qamilo befürchten, von Kräften des Regimes festgenommen zu werden. Im November 2013 hatte der Militärische Nachrichtendienst

den bekannten kurdischen Hip-Hop-Sänger Sharif Omari festgenommen. Am 18. Dezember wurden fünf Fahrgäste und ein Taxilenker, am 26. Dezember 2013 zwei Aktivisten der T. C. K. und am 13. Jänner 2014 ein syrischer Journalist des irakisch-kurdischen Fernsehsenders Rûdaw von Sicherheitskräften des Regimes in Qamilo verhaftet. Auch hochrangige PYD-Politiker bestätigen in Interviews, dass sie nicht ganz Qamilo kontrollieren und das syrische Regime immer noch präsent ist.

Die anhaltende Präsenz des Regimes dürfte einer der Gründe sein, warum sich die kleine armenische Minderheit weiterhin demonstrativ loyal verhält. Nicht nur die Bilder und der Pappkamerad auf dem Gemeindezentrum zeugen davon, dass man es sich mit dem Regime nicht verscherzen will, sondern auch der Einsatz syrischer Fahnen während der Gedenkfeiern für die Opfer des Genozids von 1915. Wie überall begehen auch die ArmenierInnen von Qamilo am 24. April ihren Genozidgedenktag. Auch 2014 wurde dabei eine große syrische Fahne, wie sie vom Regime verwendet wird, gemeinsam mit einer armenischen Fahne durch die Straßen der Stadt getragen.

Das Regime ist allerdings nicht nur mit Militär und Geheimdienst weiter präsent, sondern vor allem als Arbeitgeber, und zwar nicht nur in Qamilo, sondern in ganz Rojava. Sämtliche Schulen und Beamten werden immer noch aus Damaskus bezahlt. Diese Berufsgruppen sind damit vom Regime persönlich abhängig und können auch unter Druck gesetzt werden. So werden Lehrer, die Demonstrationen gegen das Baath-Regime organisierten, immer noch entlassen. Schulzeugnisse in Rojava tragen immer noch Bilder des Präsidenten. Unterrichtet wird mit Schulbüchern des Regimes. Lediglich der selbstorganisierte Kurdischunterricht, bei dem die Lehrer nicht bezahlt werden, steht nicht unter Kontrolle des Regimes in Damaskus.

Neben dem Regime sind in Rojava auch Anhänger von «Islamischer Staat» (IS) präsent. Sie sind zwar zu schwach, um kurdisch besiedelte Gebiete einzunehmen. Allerdings gibt es in den arabischen Dörfern der Region nicht nur Anhänger des IS und anderer jihadistischer Gruppen, sondern auch aktive Kämpfer, die terroristische Akte gegen kurdische Einrichtungen verüben. So kam es immer wieder zu Selbstmordanschlägen an Checkpoints der Asayish. Am 12. Jänner 2014 beschossen Jihadisten aus arabischen Dörfern südlich von Qamilo mit Boden-Boden-Raketen den – vom Regime gehaltenen – Flughafen von Qamilo, wobei einige Raketen auch kurdische Wohnviertel trafen. Zu einem der verheerendsten Anschläge kam es in Qamilo am 11. März 2014, als bei einem Anschlag auf provisorische kurdische Verwaltungsbüros acht ZivilistInnen ums Leben kamen und fünf weitere verletzt wurden. Eine der Toten war die frisch verheiratete Tochter des Dichters Taha Xelil, die gerade im siebenten Monat schwanger war und der der Dichter nach den Giftgasangriffen auf Halabja den Namen Helepçe⁷ gegeben hatte.

Den Gruppierungen PYD, YPG und Asayish gelingt es hier im Verhältnis zu anderen Teilen Syriens zwar relativ gut, den Bürgerkrieg von den kurdischen ZivilistInnen fernzuhalten, was auch von vielen KurdInnen anerkannt wird, die keine Mitglieder oder SympathisantInnen der PYD sind, allerdings ist die so etablierte Sicherheit eine sehr prekäre, die keineswegs bedeutet, dass der Bürgerkrieg an Rojava vorübergehen wird.

Die Nähe des Krieges hat auch massive Folgen für die Wirtschaft Rojavas. Alle drei Kantone waren wichtige Produzenten von agrarischen Produkten. Die Cizîrê gilt als Kornkammer Syriens, in der neben Getreide auch viel Gemüse angebaut wird. Erfîn

gehört zu den wichtigsten Oliven-Anbaugebieten Syriens. Durch den Krieg ist es allerdings kaum möglich, die produzierten Lebensmittel zu exportieren und andere wichtige Produkte einzuführen. Die in der Cizîrê teilweise hochgradig industrialisierte Landwirtschaft war auf den Einsatz von Chemikalien und Dünger angewiesen, der jetzt nicht mehr geliefert wird. Umgekehrt verfaulen Teile der Ernte, da diese nicht exportiert werden kann. Die meisten Ölfelder der Region produzieren nicht mehr. Was gefördert wird, wird improvisiert raffiniert, was nur mit hohen Gesundheitsrisiken für die dabei Beschäftigten möglich ist. Die von der PYD kontrollierten Kantonsverwaltungen haben die Versorgung mit den wichtigsten Gütern wie Mehl oder Benzin zentralisiert, was von den anderen Parteien mit Argusaugen beobachtet wird.

Verschärft wird diese Situation auch noch durch die Anwesenheit von etwa einer halben Million Intern-Vertriebener (IDPs) aus anderen Teilen Syriens in Rojava. Zehntausende KurdInnen aus Aleppo, Homs oder Damaskus haben in den letzten zwei Jahren bei Verwandten in ihren Herkunftsstädten Zuflucht gesucht. Wer keine Verwandten hat, bei denen es Wohnmöglichkeiten gibt, wird notdürftig in Schulen, Moscheen oder anderen öffentlichen Einrichtungen untergebracht. Ein großer Teil dieser IDPs ist kurdischer Herkunft. Bei meinen Recherchen 2013 und 2014 sind mir allerdings immer wieder auch arabische und christliche IDPs begegnet. Insbesondere nach der Einnahme von Raqqa und anderen größeren Städten durch den IS kamen auch immer mehr arabische Flüchtlinge nach Rojava, um vor dem IS Schutz zu suchen. Große internationale NGOs sind so gut wie nicht zur Stelle. Aus Österreich sind nur die Caritas und die Liga für emanzipatorische Entwicklungszusammenarbeit (LeEZA)⁸ mit kleineren Projekten präsent. LeEZA unterstützt gemeinsam mit dem Weltgebetstag der Frauen ein Frauenzentrum in der Stadt Amûdê. Für eine effektive Flüchtlingsnothilfe fehlen solch kleineren NGOs allerdings die Mittel. Aus Deutschland unterstützt Medica Mondiale einige Projekte.⁹

Ärzte ohne Grenzen ist punktuell ebenfalls präsent. Was fehlt, sind allerdings die großen internationalen Hilfsorganisationen, die sich auf die Flüchtlingscamps in den Nachbarstaaten konzentrieren. Die IDPs in Rojava müssen somit weitgehend von der lokalen Bevölkerung durchgefüttert werden.

Viele dieser Flüchtlinge wollten eigentlich weiter nach Europa. Da die Einreise in die EU allerdings legal nicht mehr möglich ist, müssen dafür Schlepper bezahlt werden, die mittlerweile über 10000 US-Dollar pro Person kassieren. Wer Glück hat, erhält dafür einen seriösen Schlepper, der sein Möglichstes tut, um seine Kunden sicher nach Europa zu bringen. Wer weniger Glück hat, wird irgendwo auf halber Strecke im Stich gelassen oder landet auf einem seeuntüchtigen Kahn, der bei der Überfahrt von der Türkei nach Griechenland sinkt. In Amûdê gibt es mittlerweile eine von einem lokalen Verein errichtete Gedenkstätte für 39 BürgerInnen der Stadt, die am 6. September 2012 bei einem Fluchtversuch nach Europa auf so einem Kahn ertrunken sind. Ganze Familien mit ihren Kindern wurden ausgelöscht. Hier, weit vor den Toren Europas, wird den Opfern der Festung Europa gedacht.

Wesentlich dramatischer als in den drei Kantonen ist die Sicherheitssituation allerdings in den ebenfalls kurdisch kontrollierten, traditionell kurdischen Vierteln Ashrafiyah und Sheikh Maqsoud in Aleppo. Die Stadt, die bis zum Bürgerkrieg wegen ihrer weltberühmten historischen Altstadt mit der Umayyaden-Moschee und ihrem weitläufi-

gen gedeckten Bazar zu den wichtigsten Reisezielen Syriens zählte, ist heute eine der am stärksten vom Bürgerkrieg zerstörten Städte Syriens. Zwar gelang es den Kurden von Juli 2012 bis heute, zwischen den vom Regime gehaltenen und dem von Oppositionellen eroberten Teil der Stadt ein neutrales Viertel zu halten und dieses mit einem von der PYD eingesetzten «Volksrat» zu verwalten, allerdings ist sowohl die Versorgungslage als auch die Sicherheitslage prekär. Sämtliche Bürgerkriegsparteien sind in Aleppo aktiv. Neben den Kämpfen zwischen Regierung und Opposition kam es immer wieder zu Kämpfen zwischen Oppositionsgruppen und «Islamischer Staat» sowie zwischen den Kurden und sämtlichen anderen Kriegsparteien. Schon am 6. September 2012 kam es zu Bombardements durch die syrische Luftwaffe, bei der nach Angaben der PYD 21 ZivilistInnen getötet worden sein sollen. Im Oktober 2012 gab es heftige Kämpfe mit einer islamistischen Brigade der FSA. Anfang April 2013 flohen schließlich Tausende BewohnerInnen des Viertels, nachdem es in Sheikh Maqsoud zu Kämpfen zwischen Regierungsarmee und FSA gekommen war.

Im November 2013 stieß die Regierungsarmee nach Ashrafiyah vor und eroberte Teile des Viertels. Meldungen regimenaher Quellen, wonach die Syrische Armee im Dezember 2013 Sheikh Maqsoud zurückerobert habe, stellten sich allerdings als falsch heraus. Wieviele ZivilistInnen derzeit noch in dem Viertel ausharren oder wie viele mittlerweile geflohen sind, ist nicht zu eruieren. Feststeht, dass es noch ein von Kurden gehaltenes Gebiet in Aleppo gibt, das allerdings im Zuge des Vormarschs des Regimes in den Süden Teile des Viertels Ashrafiyah an dieses verloren hat.

War die Regierungsarmee bis Mitte 2013 noch in der Defensive, so ging sie spätestens seit November 2013 in die Offensive und eroberte am 17. Juli 2014 die wichtigsten Versorgungsrouten in den von der FSA und der Islamischen Front gehaltenen Teilen der Stadt. Mitte August begann auch der sogenannte «Islamische Staat», IS, der Anfang 2014 noch vertrieben worden war, eine Offensive gegen die FSA und die Islamische Front in Aleppo. Wie weit sich das kurdische Viertel in dieser Situation als selbstverwaltetes Viertel halten kann, ist sehr fraglich. Sollte das Regime Aleppo zurückgewinnen oder gar der IS die Stadt einnehmen, wird es keinen Raum mehr für ein autonomes kurdisches Viertel geben. So bleibt es fraglich, ob dieses bei Drucklegung des Buches noch existiert.

Als militärischer Hauptgegner der YPG hat sich seit 2013, insbesondere aber seit der Expansion des IS im Sommer 2014, diese extremistischste aller jihadistischen Gruppen in der Region entwickelt. Kämpfer der YPG eilten gemeinsam mit GenossInnen der PKK irakischen Kurden zu Hilfe und kämpften mittlerweile sowohl in Sinjar als auch im Süden gemeinsam mit Peshmerga der PUK gegen den IS. Der gemeinsame Feind bringt auch alte GegnerInnen zusammen. Am 11. September 2014 meldeten kurdische Quellen eine neue Allianz zwischen YPG und FSA, um gemeinsam den IS zu bekämpfen. Mit der am selben Tag von US-Präsident Obama verkündeten Strategie gegen den IS werden die YPG plötzlich zum informellen Verbündeten der USA, die in Zukunft auch Ziele des IS in Syrien bombardieren will. Interessanterweise werteten sowohl das Regime als auch Russland dies als Aggression gegen Syrien. Damit nährt Bashar al-Assad einmal mehr den Verdacht, klammheimlich mit dem IS zu kooperieren.

Für Rojava bedeuteten die Bombardements im Irak bisher jedenfalls keine Entlastung. Im Gegenteil: Offenbar führten die Luftangriffe auf IS-Stellungen im Irak zu einer stär-

keren Konzentration auf Syrien. Die seit dem 16. September laufende Großoffensive des IS auf Kobanê dürfte durchaus auch damit zu tun haben. Ein weiterer Faktor könnte aber auch eine mögliche Kooperation mit der Türkei sein. Die Tatsache, dass die jüngste Offensive gegen Kobanê unmittelbar nach der Freilassung von 46 Geiseln aus dem türkischen Generalkonsulat in Mossul durch den IS begonnen hatte, war in der Türkei Anlass für Spekulationen. Hatte die Türkei dem IS dafür militärisch wichtige Informationen über die Stellungen der YPG in Kobanê verraten? Mit dem im Irak erbeuteten schweren militärischen Gerät gelang es den Jihadisten des IS, innerhalb weniger Tage, die Hälfte des Territoriums des kleinsten der drei Kantone zu erobern. Kurdische Quellen meldeten, dass aus 100 Dörfern sämtliche Frauen und Kinder evakuiert wurden. In Panik flohen allein am Wochenende zwischen dem 19. und 21. September Zehntausende ZivilistInnen aus Kobanê in die Türkei, die weiterhin versucht, die Grenzen zum Kanton dichtzumachen und damit de facto den IS-Kämpfern in die Hände arbeitet. [...]

Revolutionärer Prozess oder neues autoritäres Regime?

Auch wenn die YPG bisher militärisch weitgehend erfolgreich war und bisher die einzige militärische Kraft ist, die sich mit Erfolg dem sogenannten «Islamischen Staat» entgegengestellt hat, ist die politische Bilanz der De-facto-Autonomie Rojavas wesentlich ambivalenter. Die politische Spaltung zwischen der PYD und den Parteien des KNC konnte bislang nicht überwunden werden. Vielmehr werfen Oppositionelle der PYD vor, eine neue Diktatur errichtet zu haben.

Daran hat auch die offizielle Ausrufung der drei Kantone im Jänner 2014 nichts geändert. Die Ausrufung des Kantons Cizîrê am 21. Jänner, des Kantons Kobanê am 27. Jänner und des Kantons Efrîn am 29. Jänner 2014 erfolgten allein durch die PYD und ohne Absprache mit dem KNC. Bis auf einige Einzelpersonen und die kleine Kurdische Linke Demokratische Partei in Syrien und die noch kleinere Kurdische Linke Partei in Syrien hat sich keine der Parteien des KNC an der neuen Verwaltung beteiligt – auch nicht als systemimmanente Opposition. Die Kurdische Linke Demokratische Partei und die Kurdische Linke Partei wurden am 2. Februar gemeinsam mit dem unabhängigen KNC-Mitglied Akram Kamal Hasu aus dem KNC ausgeschlossen. Akram Kamal Hasu, der zu den reichsten Unternehmern Syriens gehört, wurde in der Folge als Unabhängiger Premierminister des Kantons Cizîrê. Im Kanton Kobanê wurde der PYD-Gefolgsmann Enwer Muslim zum Premierminister ernannt, und im Kanton Efrîn wurde mit Hevi Ibrahim eine Frau, die noch dazu der kleinen alevitischen Minderheit angehört, zur Premierministerin.

Ein sogenannter «Gesellschaftsvertrag» wurde als eine Art Verfassung für ganz Rojava beschlossen*. Allerdings gibt es keine politischen Strukturen einer gemeinsamen Verwaltung Rojavas.

Die Macht aller drei PremierministerInnen basiert allerdings auf jener der PYD. Der KNC und die Zukunftsbewegung anerkennen die neu geschaffenen Strukturen nicht und werfen der PYD vor, damit autoritär eigenmächtige Schritte gesetzt zu haben. Die autonomen Kantone wurden bislang weder von der Opposition noch vom Regime akzeptiert,

womit ihnen nicht nur in Teilen der eigenen Bevölkerung, sondern auch auf gesamtstaatlicher Ebene die Anerkennung versagt bleibt.

Der Mangel an allgemeiner Legitimität in der kurdischen Bevölkerung Syriens wird teilweise durch die Inkorporation der Minderheiten in die neuen Verwaltungsstrukturen wettgemacht. So sind in allen drei Kantonen religiöse und ethnische Minderheiten vertreten.

Im «Gesellschaftsvertrag» wird bereits in der Präambel formuliert, dass es sich bei Rojava nicht um ein rein kurdisches Autonomiegebiet handelt und dass sich dieses als Teil Syriens versteht:

«Für die Freiheit und den Respekt vor dem Glauben geben wir als KurdInnen, AraberInnen, Suryoyos (AssyrerInnen, ChaldäerInnen und AramäerInnen), TurkmenInnen und TschetschenInnen diesen Vertrag bekannt.

Die Regionen der demokratisch-autonomen Verwaltung akzeptieren weder das nationalstaatliche, militaristische und religiöse Staatsverständnis, noch akzeptieren sie die Zentralverwaltung oder Zentralmacht.

Die Regionen der demokratisch-autonomen Verwaltung sind offen für die Beteiligung aller ethnischen, sozialen, kulturellen und nationalen Gruppen mittels ihrer Vereinigungen sowie die darauf aufbauende Verständigung, die Demokratie und den Pluralismus. Die Regionen der demokratisch-autonomen Verwaltung achten den nationalen und internationalen Frieden, die Menschenrechte. Sie erkennen die Grenzen Syriens an.»¹⁰

Die Frage der Minderheiten, insbesondere des Umgangs mit jenen AraberInnen, die im Zuge der Arabisierungspolitik in der Region angesiedelt wurden¹¹, ist auch ein strittiges Thema unter den kurdischen Parteien. Während sich die PYD bemüht, alle Minderheiten einzubinden, fordern einige der Mitgliedsparteien des KNC, dass die im Zuge der Arabisierungspolitik angesiedelten Araber wieder zurückgesiedelt werden sollen.

In den von der PYD gegründeten Kantonen sind die Minderheiten jedenfalls vertreten. Es wäre allerdings interessant zu wissen, ob es ein Zufall ist, dass im «Gesellschaftsvertrag» die ArmenierInnen nicht erwähnt werden, obwohl wesentlich mehr ArmenierInnen als TschetschenInnen in Rojava leben.

Im Kanton Cizîrê sind es neben den KurdInnen selbst vor allem die syrisch-orthodoxen ChristInnen und die Angehörigen der assyrischen Kirche des Ostens, die die neue Verwaltung unterstützen und im Kanton mitarbeiten.

Die religiösen Würdenträger der mit der katholischen Kirche unierten Kirchen sind jedoch ebenso regimetreu geblieben wie jene der armenisch-apostolischen Kirche. So verbreitete der Vatikan am 6. März 2014 eine Stellungnahme des syrisch-katholischen Erzbischofs von al-Hasaka und Nisbis (Nusaybin), Jacques Behnan Hindo, in der sich dieser klar gegen die Ausrufung der autonomen Kantone wendete: «Jede Änderung dieser Art in der Region muss einvernehmlich von den drei Komponenten der örtlichen Bevölkerung gebilligt werden, also Kurden, Christen und Muslimen», so der Erzbischof. Dass syrische Kurden auch drei Christen in ein eigenes Kabinett aus zwanzig Ministern aufnehmen wollten, sei ein «Versuch, Zustimmung zu bekommen». Die drei Christen repräsentierten aber laut einer Aussendung von *Radio Vatikan* nicht ihre Gemeinschaft, sondern «nur sich selbst». Hindo wurde zudem zitiert, dass diese Autonomie nur der PKK nütze und «die Schachzüge der Kurden nur zeitweise von der Regierung in Damaskus ge-

duldet werden»¹². Erzbischof Hindo hatte sich bereits zuvor immer wieder gegen eine kurdische Autonomie in Syrien geäußert.

Als problematisch erweist sich schließlich auch die Menschenrechtsbilanz der neuen Machthaber. Ein Report von Human Rights Watch kam nach einer Recherche im Februar 2014 zum Schluss, dass es seit 2012 zumindest neun Fälle von ungeklärten Morden und Verschwinden von Gegnern der PYD in Gebieten gegeben habe, die von der PYD kontrolliert werden (HRW 2014: 3). Scharfe Kritik wurde auch am Justizsystem geübt, das keine fairen Prozesse ermögliche, sowie an Misshandlungen. Im Gegensatz dazu wurde die Unterbringung von Gefangenen in den beiden besuchten Gefängnissen als adäquat eingestuft. Human Rights Watch bemängelte die Verwendung von Kindern als KämpferInnen in den YPG und in den Reihen der Asayish, merkt aber positiv an, dass angekündigt wurde, dies nicht mehr zu tun und Minderjährige zu demobilisieren (HRW 2014: 45f.). Wie glaubwürdig solche Ankündigungen sind, muss sich allerdings erst zeigen. YPG-Kommandanten behaupten mittlerweile, keine Minderjährigen mehr zu rekrutieren. Allerdings entspricht dies nicht der Realität vor Ort. Bei einem Besuch einer Fraueneinheit der Frauenverteidigungskräfte YPJ behaupteten alle Anwesenden, achtzehn zu sein. Mindestens die Hälfte der anwesenden jungen Mädchen hatte aber das Aussehen von zwischen Vierzehn- und Sechzehnjährigen. Die YPG war bis zur Einführung der Wehrpflicht für Männer im Juli 2014 zwar ein reines Freiwilligenheer, dies ändert aber nichts an der Forderung von HRW, diese Praxis zu beenden.

HRW untersuchte auch Fälle von Folter durch YPG oder Asayish. Allein schon durch die hohe Zahl der Beteiligten ist dabei der Fall von Amûdê im Juni 2013 besonders interessant. In Amûdê wurden in der Nacht auf den 27. Juni 2013 mehrere Sympathisanten der Kurdischen Demokratischen Einheitspartei in Syrien (Yekîti) bei einer Demonstration unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen von einer Einheit der YPG erschossen. Nach Protesten wurde das Parteibüro der Yekîti gestürmt und beschlagnahmt und 50 Mitglieder und Sympathisanten der Partei von der YPG entführt und teilweise schwer misshandelt. Bei meinem zweiten Besuch in Amûdê zeigten mir einige Entführungsoffer ihre ausgeschlagenen Zähne und Brandwunden an den Armen, die angeblich von Zigaretten der YPG-Kämpfer stammten. Erst als sie dann den Asayish übergeben worden seien, sei die Folter eingestellt worden. Die Delegation von HRW kam bei ihrem Besuch offenbar zu ähnlichen Schlüssen.

Viele dieser Menschenrechtsverletzungen mögen auch durch die Kriegseignisse und den innerkurdischen Machtkampf begünstigt sein. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass PYD, YPG und Asayish bisher ihre Bekenntnisse zu Menschenrechten in der Praxis nicht ausreichend beachten und offenbar auch manche Methoden des bisherigen Regimes übernommen haben.

Außerdem mangelt es der Übergangsverwaltung der drei Kantone bisher an jeder demokratischen Legitimation. Die ursprünglich für Mai angekündigten Wahlen fanden nicht statt. Am 11. Mai beschloss der Exekutivrat des Kantons Cizîrê die Verschiebung der Wahlen auf September 2014.¹³ In allen drei Kantonen gibt es bisher keine Wahltermine. Es bleibt fraglich, ob eine Wahl in absehbarer Zeit durchgeführt wird und ob sich an einer solchen die Oppositionsparteien beteiligen würden.

Auch die PYD ist allerdings kein so monolithischer Block, wie es auf den ersten Blick

scheinen mag. Teilweise zeigen sich heute schon innerparteiliche Konflikte, wie sie bei vielen Befreiungsbewegungen auftreten, wenn diese einmal erfolgreich sind und ein Territorium kontrollieren. Mit der effektiven Machtübernahme in Rojava haben sich auch viele Opportunisten der Partei angeschlossen, die bis 2012 nichts mit der Partei oder der kurdischen Bewegung zu tun hatten, sondern sich bis dahin mit dem Baath-Regime arrangiert hatten. Viele dieser Neo-PYD-Mitglieder kamen rasch an verantwortungsvolle Positionen, da sie vielfach bereits unter dem Baath-Regime in Positionen waren und ihr Knowhow nun gebraucht wurde. Viele alte AktivistInnen der Partei, die sich zwar durch jahrelange politische Arbeit auszeichnen, aber keine höhere Bildung erlangen konnten oder über Jahre in Haft waren, fühlen sich nun diesen neuen Opportunisten gegenüber benachteiligt. Dass Großunternehmer, die nichts mit der Partei zu tun hatten, wie Akram Kamal Hasu, nun zum Premierminister aufsteigen, scheint für viele alte Linke in der Partei nur schwer nachzuvollziehen.

Die Übernahme der alten Eliten in ein neues System folgt einer gewissen Herrschaftslogik und stellt Gesellschaften während politischer Umbrüche immer vor massive Herausforderungen. Kein neues System kann alle PolizistInnen, LehrerInnen oder BeamtenInnen einfach von heute auf morgen austauschen. Die neuen Machthaber verändern sich allerdings immer auch mit der Kooptierung der alten Eliten. Dies wird umso schwieriger, sobald man in einer Bürgerkriegssituation darauf angewiesen ist, so viel Unterstützung wie möglich zu erhalten. Der eigenen Parteibasis glaubt man sich ohnehin sicher. Bemühen muss man sich um jene, die sonst von den jeweiligen Feinden umworben werden könnten.

In der einfachen Bevölkerung ist in den letzten zwei Jahren ein deutlicher Stimmungsumschwung zu beobachten. Bei meiner Feldforschung in Amûdê, im Jänner 2013 herrschte eine revolutionäre Stimmung vor. Die Menschen litten zwar unter Versorgungsengpässen und Unsicherheit, gingen aber jede Woche auf die Straße und strotzten vor Hoffnung und Tatendrang. Fast jeder wollte seine Geschichte erzählen. Im großen und ganzen herrschte damals die optimistische Stimmung vor, dass der Einsatz eines/einer jeden in einer so herausfordernden Situation es wert wäre, denn am Ende würde dann wohl eine Demokratie in Syrien und eine Autonomie für Kurdistan stehen. Im Februar 2014 war von jener revolutionären Stimmung in der einfachen Bevölkerung nur mehr wenig zu spüren. Auch wenn offizielle Verlautbarungen weiter von einer Revolution sprachen, so herrschte nun eine Bürgerkriegsstimmung vor. Der Optimismus war verflogen. Nun war man den YPG dankbar, dass sie einem zumindest das Schlimmste vom Leib hielt und Qamilo und Amûdê wenigstens nicht wie Aleppo oder Homs zu Schlachtfeldern wurden. Im Februar 2014 gab es zwar gelegentlich noch Demonstrationen gegen das Regime, diese waren allerdings ebenso selten wie klein. In einer Stadt wie Qamilo gingen auf einer Anti-Regime-Demonstration des KNC gerade noch einmal knapp 100 Demonstranten auf die Straße. Gleichzeitig haben in Qamilo die Anhänger des Baath-Regimes wieder begonnen zu demonstrieren. Am Jahrestag der Gründung der Partei oder zu anderen Anlässen marschieren Baathisten und Staatsangestellte, die es nicht wagen, dagegen zu aufzubegehren, nun wieder durch die Innenstadt von Qamilo und tragen die Porträts ihres Präsidenten Bashar al-Assad vor sich her. [...]

Rojava, quo vadis?

Zwei Jahre nach dem Abzug der Syrischen Armee aus Rojava ist es zu früh, eine Bilanz der Autonomie Syrisch-Kurdistans zu ziehen. Der Versuch, hier auch unterschiedliche Innenperspektiven zu Wort kommen zu lassen, soll allerdings dazu anregen, sich selbst ein Bild zu machen und die Entwicklung in der Region genau zu beobachten.

Rojava steht vor enormen Herausforderungen. Zwei der drei kurdischen Enklaven sind de facto vom «Islamischen Staat» umzingelt. Die ökonomische Situation in den Enklaven ist durch den Krieg und die Blockade von Seiten der Türkei und des IS extrem schwierig. Zusätzlich zur lokalen Bevölkerung müssen etwa 500 000 intern Vertriebene aus anderen Teilen Syriens versorgt werden, von denen zwar viele eigentlich weiter nach Europa fliehen wollen, die allerdings an der türkischen Grenze festhängen. Die politische Chance, die sich durch die Krise im Nahen Osten für die Kurden ergibt, ist zugleich mit einer humanitären Katastrophe verbunden, deren Ausgang äußerst ungewiss ist.

Nicht nur die politischen Systeme, sondern auch die Grenzen im Nahen Osten sind in Bewegung. Knapp 100 Jahre nach dem Sykes-Picot-Abkommen scheint die darauf basierende Ordnung in der Region an ihr Ende zu kommen. Zwischen Syrien und dem Irak etabliert sich gerade ein sogenannter «Islamischer Staat», der in bisher unbekannter Rücksichtslosigkeit und Brutalität gegen alle vorgeht, die nicht in deren salafitisch-jihadistischen «Islam» passen, ganz besonders die Schiiten, Êzîdî und Christen.

Aber auch viele Kurden sehen die Chance, endlich ein Kurdistan als Staat zu etablieren. [...] Mit dem Schutz, den die syrisch-kurdischen YPG den bedrohten Êzîdî am Jebel Sinjar im August 2014 gaben, konnte aber zum ersten Mal auch der mit der kurdischen Regionalregierung im Irak rivalisierende PKK-Parteienblock Sympathien unter den irakischen Kurden gewinnen. Schon in den Monaten davor hatte sich die PUK langsam der PKK/PYD angenähert. Der gemeinsame Feind scheint nun erstmals auch einen gewissen Dialog zwischen dem Barzani- und dem PKK-Parteienblock zu ermöglichen. Ob dieser von Dauer sein wird, darf allerdings bezweifelt werden. Möglicherweise wird es am Ende nicht eines, sondern mehrere Kurdistans geben.

Jedenfalls ist die Entwicklung in Rojava mittlerweile nicht mehr nur von der Entwicklung in Syrien, sondern von der gesamten Region abhängig. Im neuen regionalen Machtkampf sind die kurdischen Akteure die einzige nennenswerte säkulare Kraft, die über ausreichende militärische Kapazitäten verfügt, gegen den «Islamischen Staat» und andere jihadistische Gruppen vorzugehen. Von Europa wurde dies allerdings bisher in keiner Weise gewürdigt. Die PKK befindet sich nach Ansicht des EU-Ministerrates immer noch auf der «Liste von Personen, Vereinigungen und Körperschaften zur Bekämpfung des Terrorismus» – auch in deren neuester Fassung vom 23. Juli 2014, während «Islamischer Staat» immer noch nicht auf dieser Liste vorkommt.¹⁴

Damit macht Europa deutlich, dass es sich entweder nicht für die Region interessiert oder aber die PKK für das größere Übel hält als eine Organisation, die – während ich die letzten Zeilen dieses Buches schreibe – gerade einen Genozid an den Êzîdî verübt und die gesamte Region bedroht. Es wäre höchste Zeit, diese europäische Politik gegenüber den KurdInnen zu überdenken und eine differenzierte, kritische, aber auch solidarische Position zu entwickeln, die die verschiedenen Teile Kurdistans nicht nur dabei unterstützt,

sich gegen die genozidalen Massenmörder zu behaupten, sondern auch dazu, sich zu demokratischen Systemen weiterzuentwickeln, in denen Fragen der Demokratie, der Ressourcenverteilung und der politischen Ökonomie ohne Bürgerkriege ausgetragen werden können.

Grundvoraussetzung für all dies ist jedoch, dass sich Rojava überhaupt militärisch behaupten kann. Während dieses Buch in Druck geht, befindet sich der Kanton Kobanê gerade unter massivem Beschuss durch den selbsternannten «Islamischen Staat» (IS). Innerhalb weniger Tage, vom 17. bis zum 22. September, gelang es den extremistischen Jihadisten, bereits die Hälfte des Territoriums des Kantons unter ihre Kontrolle zu bringen. Aus den von IS eroberten Dörfern kommen alarmierende Nachrichten. ZivilistInnen, die nicht rechtzeitig fliehen konnten, sollen ermordet worden sein. Der NATO-Mitgliedstaat Türkei verhindert unterdessen mit massivem Militäraufgebot, dass KurdInnen aus der Türkei der bedrängten Enklave zu Hilfe eilen, und wird damit de facto zum Kolaborateur der Jihadisten.

Aus PKK und PYD wird der Türkei sogar vorgeworfen, Kämpfer und Waffen der IS in Richtung Kobanê zu transportieren. Tatsächlich zeigt der bisherige türkische Premierminister und neue Präsident Erdogan auch öffentlich, wo seine Prioritäten liegen. Auf dem World Economic Forum stellte er der Weltöffentlichkeit die Frage, warum die Welt keine Koalition zur Bekämpfung der PKK geschmiedet habe, ähnlich der Koalition gegen den IS. Die türkische Regierung riskiert mit dieser Politik auch das Ende des Friedensprozesses mit der PKK im eigenen Land und die Wiederaufnahme des Krieges im Südsten. Währenddessen appelliert PYD-Vorsitzender Salih Muslim mit einem verzweifelten Hilferuf «an die NATO, die Europäische Union und alle internationalen Institutionen: Verhindert ein mögliches Massaker in Kobanê so schnell wie möglich!» Dass aus der traditionell strikt anti-amerikanischen PKK mittlerweile Hilferufe an die NATO ertönen, zeigt die Dramatik der aktuellen Situation. In der Stadt befinden sich trotz der Massenflucht in die Türkei weiterhin Zehntausende ZivilistInnen. In den letzten Tagen wurden auch Kinder und Alte bewaffnet, um sich dem IS entgegenzustellen.

Unter den Augen der Weltöffentlichkeit droht dem Kanton Ende September eine ähnliche Tragödie wie im August im Irak. Nach den Êzîdî und syro-aramäischen Christen im Irak steht nun auch den Kurden in Kobanê nichts weniger als ein Genozid durch IS bevor. Ob es bei Auslieferung dieses Buches den Kanton Kobanê noch geben wird, ist ebenso unklar wie die Frage, ob sich das kurdische Viertel von Aleppo zwischen Regierungstruppen und Rebellen noch halten kann, sollte es IS und dem Regime gelingen, die Rebellen der FSA und der Islamischen Front aus der zweitgrößten Stadt Syriens zu vertreiben.

Eines muss allen Akteuren klar sein: Wenn Rojava in die Hände von IS fällt, bedeutet dies nicht nur eine humanitäre Katastrophe für die dort gefangenen kurdischen ZivilistInnen, sondern auch eine entscheidende Wende im Machtkampf in der Region. Die KämpferInnen der YPG sind derzeit jene Truppen, die den entschiedensten Widerstand gegen die Jihadisten des IS leisten. Wäre dieser Widerstand gebrochen, stünde einer weiteren Expansion dieser extremistischsten aller Jihadisten nichts mehr im Wege.

Thomas Schmidinger ist Politikwissenschaftler sowie Kultur- und Sozialanthropologe. Er

lehrt an der Universität Wien und an der Fachhochschule Vorarlberg und ist Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie/Europäisches Zentrum für kurdische Studien.

Anmerkungen

1. Dieses Dekret wurde auch tatsächlich umgesetzt. *Ajanib* erhielten in den folgenden Monaten auf Antrag tatsächlich syrische Pässe. Junge Männer wurden damit allerdings mitten im aufkommenden Bürgerkrieg wehrpflichtig, und die *maktumin* sind bis heute weiterhin von der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen.

2. Der NCC umfasst neben der PYD u. a. die nasseristisch ausgerichtete Demokratisch-Arabische Sozialistische Union; die von Yasin al-Hafiz gegründete marxistisch-baathistische Splittergruppe Arabische Revolutionäre Arbeiterpartei; die leninistisch ausgerichtete Kommunistische Arbeiterpartei; die vom Mitbegründer der Baath-Partei Akram al-Hawrani gegründete linksbaathistische «Arabische Sozialistische Bewegung»; die Marxistische Linke Sammlung; die christlich-aramäische Suryoye Einheitspartei; die links-baathistische Demokratische Sozialistische Arabische Baath-Partei und die vom langjährigen politischen Gefangenen Riyad al-Turk gegründete Syrische Demokratische Volkspartei, die bis 2005 unter dem Namen Syrische Kommunistische Partei (Politbüro) agierte. Letztere war allerdings nicht im Exekutivbüro des NCC vertreten und wurde zugleich Mitglied des Syrischen Nationalrates (SNC); sie ist somit nur als Teilmitglied des NCC zu betrachten. Mit der Fortdauer des Bürgerkrieges dürfte sich die Syrische Demokratische Volkspartei stärker mit dem Syrischen Nationalrat als mit dem NCC verbündet haben. Jedenfalls stellte sie mit George Sabra Ende 2012 auch den Präsidenten des SNC und von April bis Juli 2013 den Präsidenten der Syrischen Nationalen Koalition.

3. Oppositionelle Syrer sehen in der Freilassung dieser jihadistischen Gefangenen eine Strategie des Regimes, sie für die Spaltung und Diskreditierung der Opposition einzusetzen. Die Motive des Regimes, Hunderte vielfach im irakischen Bürgerkrieg kampferprobte Jihadisten freizulassen, werden wohl so schnell nicht geklärt werden können. Auffallend bleibt allerdings, dass in der ersten Phase des Bürgerkriegs von der Regierungsarmee kaum ernsthafte Angriffe auf diese Gruppen geführt wurden, sondern fast ausschließlich auf gemäßigtere Einheiten der Freien Syrischen Armee. Die Opposition wurde aufgrund des wachsenden Einflusses der jihadistischen Gruppen tatsächlich international diskreditiert und blieb weiter gespalten.

4. Die Gründung der Freien Syrischen Armee (al-Jais as-Suri al-hurr, FSA) wurde im Juli 2011 bekanntgegeben. Sie stellte zwar nie eine wirkliche Armee im Sinne einer zentralen Kommandostruktur dar, sondern eher einen Dachverband unterschiedlicher bewaffneter Gruppen, bildete aber in der ersten Phase des syrischen Bürgerkriegs die wichtigste bewaffnete Herausforderung für das Regime. Im Dezember 2011 erklärte sich die FSA bereit, sich mit dem SNC zu koordinieren, konnte aber nie ein gewisses Eigenleben der einzelnen Brigaden verhindern. Im Frühling 2012 kommandierte die FSA nach eigenen Angaben 50000 bis 60000 Soldaten und kontrollierte eine Reihe von Territorien im Norden und Süden Syriens. Neben den Deserteuren der Syrischen Armee kämpften Freiwillige in den Reihen der FSA. Viele der Kommandanten kommen aus der Muslimbruderschaft. Allerdings verlor die FSA viele ihrer Brigaden durch die Gründung der von Saudi-Arabien unterstützten Islamischen Front am 22. November 2013, zu der sich neben den wichtigsten Brigaden der Syrischen Islamischen Befreiungsfront (SILF), der salafistisch ausgerichteten Syrischen Islamischen Front (SIF) und der von Abu Abdullah al-Kurdi geführten Kurdischen Islamischen Front auch mehrere Brigaden der FSA zusammenschlossen. Seit Ende 2013 befindet sich die FSA in großen Gebieten Syriens in Auflösung, was sich im Februar 2014 auch in der Ablösung von Generalstabschef Selim Idriss äußerte. Sein Nachfolger Ilah al-Bashir konnte den Zerfall der FSA und das Vordringen von «Islamischer Staat» – der sich neben der FSA auch gegen die Islamische Front und die Jabhat al-Nusra richtet – allerdings auch nicht stoppen.

5. www.theguardian.com/world/2014/jun/26/186-kurdish-studentskidnapped-isis-syria.

6. Der Çiyayê Singal war bis Anfang August 2014 das größte Siedlungsgebiet der Êzîdî. Im Juni hatten, nach der Eroberung von Mossul durch den IS, kurdische Peshmerga die Stadt und die Region gesichert. Allerdings zogen sich diese am 2. August vor den Angriffen von «Islamischer Staat» zurück und über-

ließen die zurückgebliebenen ZivilistInnen sich selbst. Zehntausende Êzîdî suchten in den Bergen des Çiyayê Singal Zuflucht vor dem IS, der die als «Teufelsanbeter» denunzierte Minderheit zu ermorden drohte. Noch ehe Peshmerga der PUK wieder in das Gebiet einrücken konnten, drangen daraufhin Kämpfer der YPG aus Syrien über die Grenze in den Irak vor und sicherten Fluchtwege der êzîdischen ZivilistInnen.

7. Kurmancî-Bezeichnung für Halabja.

8. www.leeza.at.

9. www.medico.de/themen/aktion/dokumente/hilfe-fuer-rojava/4605/.

10. Übersetzung des Gesellschaftsvertrags für Rojava durch die PKK/PYD-nahen Civaka-Azad-Infoblätter, Ausgabe 7. März 2014.

11. Dies sind keineswegs alle Araber in der Region! Es gibt in allen Kantonen, insbesondere in der Jezira, seit Jahrhunderten dort ansässige Stämme, aber eben auch Araber, die im Zuge der Politik des «Arabischen Gürtels» dort angesiedelt wurden.

12. http://de.radiovaticana.va/news/2014/03/07/syrien:_christen_gegen_kurdische_autonomie/ted-779437.

13. <http://mednuce.com/en//haber/2430/cezire-cantons-election-postponed>.

14. Durchführungsverordnung (EU) Nr. 790/2014 des Rates vom 22. Juli 2014.